

Abwesende:

Name	Bemerkung
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Thomas Haubenreißer	entschuldigt
Herr Daniel Herold	entschuldigt - Vertreter

Beratendes Mitglied

Frau Alice Schubert	entschuldigt
---------------------	--------------

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Markus Löffler	FGL Stadtplanung und Umwelt	alle TOP
Frau Birgit Winkler	SB Stadtentwicklung	TOP 3
Herr M. Bräunel	Ingenieurbüro Bräunel	TOP 4
Frau Silke Ziegler	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 4
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	alle TOP

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Uhlig, Freie Presse	Berichterstattung

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 04.09.2023
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 25.09.2023
- 1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 30.10.2023
- 1.5. Beantwortung von Anfragen
- 1.6. Informationen der Bürgermeisterin
2. Information zum Stand Klimaanpassungskonzept
3. Information
- 3.1. 2. Sachstandsbericht Modellvorhaben ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden (Stand 11/2023)
Drucksachenummer: 0948/2023
verschoben vom 04.12.2023
4. Vorberatung
- 4.1. 2. Änderung Flächennutzungsplan der Stadt Plauen, „Wohnbebauung Jöbnitz – Röttiser Straße“, Abwägungsbeschluss
Drucksachenummer: 0949/2023
- 4.2. 2. Änderung Flächennutzungsplan der Stadt Plauen, „Wohnbebauung Jöbnitz – Röttiser Straße“, Feststellungsbeschluss
Drucksachenummer: 0950/2023
- 4.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 024 „Wohnbebauung Jöbnitz – Röttiser Straße“, mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan, Abwägungsbeschluss
Drucksachenummer: 0951/2023
- 4.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 024 „Wohnbebauung Jöbnitz – Röttiser Straße“ mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan, Satzungsbeschluss
Drucksachenummer: 0952/2023
- 4.5. Antrag der SGI-Fraktion - Beitritt zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" -, Reg.-Nr. 327-23 - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 40. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.

1.1. Tagesordnung

Gem. aktueller Änderung in § 39 SächsGemO weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitgliedes als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 04.09.2023

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses fest.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 25.09.2023

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses fest.

1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 30.10.2023

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses fest.

1.5. Beantwortung von Anfragen

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, erinnert an eine aus seiner Sicht noch offene Anfrage. Er hatte moniert, dass der Gehweg im Bereich des kleinen Obst- und Gemüsemarktes an der Marienstraße durch das Befahren dieses Marktes regelmäßig verschmutzt wird.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter FG Tiefbau, teilt mit, dass die Antwort bereits erstellt ist und ihm in den nächsten Tagen zugehen wird.

Herr Stadtrat Rust ergänzt eine Anfrage zu den Parkplätzen am Weisbachschen Haus. Diese sind bislang zeitlich begrenzt. Ihn interessiert deshalb, welche Lösungen für Mieter im nicht nützen Weisbachschen Haus bestehen, denen ja zeitlich begrenzte Parkplätze nichts nützen.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass die Nutzung des Weisbachschen Hauses Teil 2 ohnehin noch nicht feststeht. Wenn eine Nutzung und deren Umfang bekannt ist, könne man noch einmal über die Freigabe von Parkplätzen sprechen.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ist der Ansicht, dass seine Anfrage zum geplanten ovalen Kreisverkehr an der Reißiger Straße noch nicht beantwortet ist.

1.6. Informationen der Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert kurz über das morgige Richtfest an der Dreifeldhalle des Lessing-Gymnasiums.

2. Information zum Stand Klimaanpassungskonzept

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter des FG Tiefbau, informiert über das Auftakttreffen am 18.07.2023. Seither wird eine Reihe von Daten von verschiedensten Anbietern erhoben und zusammengetragen. Diese fließen in eine Bestandsaufnahme. Ergebnis dessen werden Karten sein, auf welchen der Zustand der Stadt Plauen in verschiedenen Kategorien dargestellt wird.

Diese Ergebnisse werden im Stadtrat am 30.01.2024 vorgestellt werden. Ziel ist die Bündelung aller Resultate in einem Maßnahmenplan.

3. Information

3.1. 2. Sachstandsbericht Modellvorhaben ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden (Stand 11/2023)

Drucksachenummer: 0948/2023

Frau Winkler, FG Stadtplanung und Umwelt, stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor und regt an, dass dieser Sachstandsbericht künftig jährlich, etwa zur selben Zeit, vorgestellt wird.

Bereits jetzt ist mit Kostenverschiebungen in den Einzelvorhaben zu rechnen, das Gesamtbudget von 50 Mio. wird jedoch eingehalten. Kostensteigerungen würden ohnehin nicht vom Bund übernommen, entsprechende Anfragen wurden bereits abschlägig beschieden. Ziel ist es nach wie vor, alle Projekte umzusetzen.

Frau Winkler geht im Folgenden auf die Einzelvorhaben ein.

Im Einzelvorhaben 1, „Aufwertung Mammengebiet“, mussten Kostenreduzierungen vorgenommen werden, was mit einer Reduzierung der geplanten Flächen zusammenhängt. In diesem Vorhaben erfolgte besonders viel Beteiligung. Im kommenden Jahr soll in diesem Zusammenhang z. B. am 17.08. ein Ortsteilfest im Mammengebiet stattfinden. Besonders in Baustein 3, „Gestaltung des Ortsteilzentrums“, werden Reduzierungen vorgenommen, da sich innerhalb von 2 Jahren, trotz mehrerer Anfragen bei verschiedenen Anbietern kein Nahversorger für das Mammengebiet finden ließ. Es ist jedoch geplant, im Zentrum vor der Indoor-Spielhalle acht mobile Marktplätze sowie evtl. einen sozialen Treffpunkt zu errichten.

Beim Einzelvorhaben 2, der Lessing-Sporthalle, wird morgen Richtfest gefeiert werden. Frau Winkler erläutert die Aufsplittung in Brutto- und Nettokosten, welche mit der teilweisen Nutzung durch Vereine, welche Vorsteuer geltend machen können, zusammenhängt.

Vorliegend ist eine Kostensteigerung von ca. 3,29 Mio. Euro zu verzeichnen, welche unmittelbar auf die Kostensteigerungen bei den Baumaterialien zurückzuführen sind. Sämtliche Kostenverschiebungen innerhalb der Modellkommune werden zugunsten der Dreifeldhalle verschoben. Die nunmehr veranschlagten 20,29 Mio. Euro sollen nicht überschritten werden. Dem Bund gegenüber wurde dies bereits so kommuniziert.

Bezüglich des Einzelvorhabens Nr. 3 „Erweiterung des Stadtbades“ wurde die energetische Konzeption erstellt und Baurecht geschaffen. Es laufen noch immer Bemühungen um eine Vergabe an einen Generalplaner bzw. Generalübernehmer. Auch bei diesem Einzelvorhaben ist von Kostensteigerungen auszugehen. Darüber hinaus ist bei diesem Projekt davon auszugehen, dass es über die Programmlaufzeit, sprich über 2026 hinaus, andauern wird. Dieser Umstand wurde gegenüber dem Bund ebenfalls bereits kommuniziert. Der Ausbau der Turnstraße soll im kommenden Jahr umgesetzt werden.

Zum Einzelvorhaben 4 „Sport- und Bildungscampus Ostvorstadt“ gehört die Einfeldhalle, die aktuell mit etwa 6 Mio. Euro brutto zu Buche schlägt. Minimale finanzielle Verschiebungen sollen innerhalb der Bausteine dieses Einzelvorhabens erfolgen. Der Enkelgarten wurde dieses Jahr bereits am 30.06. übergeben. Für die Betreuung wird der Wacker-Sportverein zuständig sein.

Das Einzelvorhaben 5 „Junge Helden bauen selbst“ steht nach wie vor nicht in der Öffentlichkeit, da es sich hierbei um Privatobjekte handelt. Die Stadt befindet sich jedoch gemeinsam mit der Kanzlei Meischeider in der Erarbeitung der Förderrichtlinie. Aktuell werden von fünf Gebäuden Verkehrswertgutachten erstellt. Ursprünglich hatte die Stadt 11 Objekte im Sinn, es sind jedoch einige bereits verkauft worden, andere Eigentümer wollten beispielsweise selbst sanieren bzw. selbst nutzen. Die Stadt geht jedoch davon aus, dass lediglich drei Gebäude schlussendlich für diese Förderrichtlinie geeignet sind. Jedoch würden dadurch wieder Kosten eingespart.

Das Mobilitäts- und Digitalisierungskonzept (EV 6/7) wird derzeit erstellt und voraussichtlich Mitte/Ende nächsten Jahres vorgestellt. Gelder könnten hier z. B. dadurch eingespart werden, dass statt vier Fahrradsammelgaragen eben zunächst nur eine errichtet würde. Im Baustein 3 „Fuß- und Radwegeverbindung“ werden keine Einsparungen vorgenommen, da diese absolut notwendig ist.

Im Einzelvorhaben 8, die „Denkmalgerechte Sanierung der Hofwiesenstraße 24“, können die Fördermittel direkt an den Eigentümer weitergereicht werden. Die Villa soll bis August nächsten Jahres fertiggestellt werden.

Im Einzelvorhaben 9 sind alle Formen der Beteiligung bzw. Begleitung zusammengefasst. Im Allgemeinen soll die Begleitung etwas reduziert werden.

Abschließend stellt Frau Winkler eine zusammenfassende Übersicht über die finanziellen Verschiebungen bei den Einzelmaßnahmen vor, wie sie auch gegenüber dem Bund kommuniziert wurden.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, zeigt sich erschrocken über die offenbar notwendige Verlegung des Abwasserkanals des ZWAV unterhalb des Grundstückes für den Anbau des Stadtbades. Er weiß, dass die Verlegung enorm lange dauern würde sowie mit erheblichen Kosten verbunden ist. Er fragt deshalb, ob die Verwaltung vielleicht schon einmal über einen anderen Standort nachgedacht habe, um eine solche Umverlegung vermeiden zu können.

Frau Winkler muss einräumen, dass andere Standorte zwar geprüft wurden, jedoch aus Wirtschaftlichkeitsgründen verworfen werden mussten. Man stehe derzeit in ständigem Austausch mit dem ZWAV.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass sich tatsächlich unter dem angedachten Bau Feld einer der Hauptabwasserkanäle der Stadt Plauen befindet. Bedauerlicherweise hat der Kanal an dieser Stelle ein sehr geringes Gefälle, so dass große Teile des Kanals umverlegt werden müssten. Die Dauer der Arbeiten schätzt sie auf 1,5 Jahre. Der Bund müsse die Frist für die Umsetzung verlängern.

Sie gibt zu bedenken, dass wir an diesem Standort Baurecht haben, an einem anderen Standort müsse jedoch zunächst wieder Baurecht geschaffen werden.

Sie ergänzt, dass Plauen die Kommune sei, die bislang am meisten Geld vom Bund abgefordert habe. Sie möchte den Stadtbau- und Umweltausschuss gern in ca. einem halben Jahr über den aktuellen Planungsstand informieren.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet um Aushändigung der zusammenfassenden Kostentabelle.

Trotz der Beteuerungen, dass die Modellvorhaben insgesamt noch im Rahmen liegen, wundert er sich doch schon, dass aktuell ca. 45 Mio. Euro in den Sporthallenbau fließen. Das bereite ihm schon Bauchschmerzen.

Vor diesem Hintergrund könne er nur hoffen, dass sich die Betreiberkosten in der 3-Feld-Halle nicht auch erhöhen. Denn wenn einmal alles stünde, sei keinerlei Einflussnahme mehr möglich.

Frau Winkler erläutert, dass die Stadt mit dem Thema „Sport“ ins Rennen gegangen sei. Dafür besteht seitens des Bundes auch Verständnis.

Die Betreiberkosten seien zudem ja auch keine Kosten, die im Modellvorhaben abgebildet werden, sondern vielmehr in der Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass allgemein bekannt sein dürfte, dass die Kostenermittlungen aus dem Jahr 2020 nicht mehr gehalten werden können.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, spricht das geplante Stadtteilzentrum in der Ostvorstadt an. Da ein Rückbau von Parkplätzen angedacht ist, interessiert ihn, ob die Betreiber der beiden Immobilien damit einverstanden sind.

Frau Winkler antwortet, dass es bereits ein Treffen mit dem Eigentümer sowie der Mieterin gegeben habe. Dabei ist zu sagen, dass es sich vorliegend um öffentliche, also städtische Stellplätze handelt. Die Stadt ist hier bemüht, einen guten Kompromiss zwischen den Plänen der Stadt und denen der Anlieger zu finden. Die Anlieger sind selbst ebenfalls an einer Aufwertung dieses Bereiches interessiert.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., spricht das Thema „Turnstraße“ an. Da Ende 2024 die Neue Elsterbrücke noch immer gesperrt sein wird, fragt er, ob die Stadt auch dann noch bei ihrer geplanten Verkehrsführung bleiben wird.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter FG Tiefbau, verweist diesbezüglich auf die Lichtsignalanlage, die dann auf der Bundesstraße zur Verfügung stehen wird.

4. Vorberatung

4.1. 2. Änderung Flächennutzungsplan der Stadt Plauen, „Wohnbebauung Jößnitz – Röttiser Straße“, Abwägungsbeschluss Drucksachenummer: 0949/2023

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, stellt die folgenden vier Vorlagen zusammen vor.

Auf Antrag des Vorhabenträgers, Herrn Jörg Schmidt, hat der Stadtrat der Stadt Plauen im Jahr 2015 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 024 „Wohnbebauung Jößnitz-Röttiser Straße“ mit der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren beschlossen.

Ziel des Vorhabenträgers ist es, in Jößnitz an der Röttiser Straße eine Fläche von ca. 0,5 ha zu erschließen und mit Eigenheimen zu bebauen. Da der Flächennutzungsplan hier entgegensteht, waren die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 2 BauGB erforderlich.

Die Landesdirektion hatte in der Vergangenheit Negativstellungen abgegeben. Dies konnte mittlerweile behoben werden. Anfang des Jahres konnte die Auslegung durchgeführt und zwischenzeitlich mit dem Büro ausgewertet werden.

Aus der Bürgerschaft wurden keine Stellungnahmen vorgetragen. Lediglich vom Landwirtschaftsamt ging eine Mitteilung hinsichtlich der Landwirtschaftsflächen ein. In der Begründung wurde dargelegt, dass hier Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., sind beim Lesen der Vorlage insgesamt drei Punkte aufgefallen.

Zum einen die Aussage des ZWAV, welcher der Ansicht ist, dass es vor Ort nicht genügend Löschwasser gäbe.

Zum anderen die Einschätzung des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, welche die Ausgleichsfläche für nicht ausreichend hält.

Schlussendlich monierte der Landesbauernverband, dass Ackerfläche als Ausgleichsfläche herangezogen und damit der landwirtschaftlichen Produktion entzogen werden soll.

Allein aus diesen Gründen kündigt Herr Stadtrat Legath bereits an dieser Stelle an, dass seine Fraktion der Vorlage eine Zustimmung verweigern wird.

Herr Löffler korrigiert, dass das Landwirtschaftsamt nicht die Ausgleichsbilanzierung kritisiert habe, sondern vielmehr den ökologischen Wert der Flächen. Seiner Ansicht nach wird dem durch die Maßnahmen im dahinterliegenden Bereich Rechnung getragen. Es wurde sogar vereinbart, dass zuerst der Ausgleich herzustellen ist und erst dann mit der Bebauung begonnen wird.

Zur Thematik Löschwasservorhaltung führt Herr Bräunel vom Ingenieurbüro Bräunel aus, dass der Zweckverband an dieser Stelle den Hinweis geben muss, dass die Löschwassermengen, die nach geltendem Regelwerk gefordert sind, nicht durch das vorhandene Leitungsnetz zur Verfügung gestellt werden können. Aus diesem Grund wurde, wie in den allermeisten Fällen, die zuständige Behörde, das Fachgebiet Brandschutz der Stadt Plauen, beteiligt. Von dieser erhielt man einen positiven Bescheid, wonach das in den Löschfahrzeugen mitgeführte Wasser zzgl. das in den umliegenden Gewässern vorhandene Wasser im Brandfall ausreichend wäre.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, bezieht sich auf ein kleines Zwischengrundstück auf dem Flächennutzungsplan, welches mit beplant wurde.

Herr Löffler führt aus, dass dieses Flurstück vermutlich zu schmal für eine Bebauung wäre. Da jedoch eine andere Nutzung aufgrund der geringen Größe keinen Sinn machen würde, wurde es in diesem Zuge mit beplant.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, spricht die geänderte Wirtschaftslage und die deutlich gesunkene Nachfrage nach Baugrundstücken aufgrund der gestiegenen Baukosten an. Natürlich möchte er auch dem privaten Eigentümer die Möglichkeit geben, dieses Projekt umzusetzen. Ganz grundsätzlich gibt er jedoch zu bedenken, ob man derartige Pläne in Zukunft weiter befördern kann und soll.

Herr Löffler führt aus, dass die Stadt hierbei in gewisser Weise planerisch azyklisch handeln müsse. Noch vor zwei Jahren habe er mehrere Nachfragen pro Woche nach Grundstücken für Eigenheime gehabt und die Stadt habe die Nachfrage nicht in gleichem Maße befriedigen können. Seiner Ansicht nach könne sich die Situation durch eine veränderte Zinspolitik oder geeignete Förderprogramme schon in wenigen Jahren auch wieder verändern und dann wäre die Stadt entsprechend vorbereitet.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass Kommunen im Plauener Umland, ganz im Gegenteil zur Stadt Plauen, in den letzten Jahren weit über Bedarf Eigenheimstandorte ausgewiesen haben. Damit wurde bedauerlicherweise für die Stadt als Oberzentrum ein Wegzug ins Umland generiert.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, unterstützt die Vorlage und würde sich wünschen, er könne für Straßberg eine ähnliche Fläche anbieten.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., hakt nach, ob die Umwandlung von Ackerland in Grünland bzw. Grünland in Bauland fördermittelschädlich wäre.

Frau Bürgermeisterin Wolf kann sich das nicht vorstellen, unterstreicht jedoch, dass es sich um Privatland des Eigentümers handelt, nicht um Flächen der Stadt.

I. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

die Ergebnisse der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Anregungen **berücksichtigt** und in die Planunterlagen eingearbeitet wurden, gemäß Abwägungstabelle (siehe Anlage). Dies sind im Einzelnen:

- Nr. 1 Landesdirektion Sachsen: Stellungnahmen vom 08.03.2017 und vom 13.02.2023
- Nr. 2 Planungsverband Region Chemnitz: Stellungnahmen vom 09.03.2017 und vom 22.02.2023
- Nr. 3 Landratsamt Vogtlandkreis: Stellungnahmen vom 08.03.2017 und vom 15.02.2023
- Nr. 5 Landesamt für Archäologie: Stellungnahmen vom 06.03.2017 und vom 31.01.2023
- Nr. 6 LA für Umwelt, Landwirt. u. Geologie Dresden: SN vom 03.03.2017 und vom 07.02.2023
- Nr. 7 LA für Umwelt, Landwirt. u. Geologie Plauen: Stellungnahme vom 28.02.2023
- Nr. 29 Zweckverband Wasser/Abwasser Vogtland: Stellungn. vom 06.03.2017 u. vom 17.03.2023

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltungen

II. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

die Ergebnisse der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Anregungen **teilweise berücksichtigt** und entsprechend in die Planunterlagen eingearbeitet wurden, gemäß Abwägungstabelle (siehe Anlage). Dies ist im Einzelnen:

- Nr. 16 Regionalbauernverband Vogtl. e. V. Stellungnahmen vom 22.02.2017 und vom 06.02.2023

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltungen

III. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

die Ergebnisse der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Belange nicht betroffen sind bzw. von deren Seite keine Einwände bestehen und daher **keine Abwägung erforderlich** ist. Dies sind im Einzelnen:

- Nr. 4 Landesamt für Denkmalpflege Sachsen: Stellungnahme vom 15.02.2023
- Nr. 8 Sächsisches Oberbergamt: Stellungnahmen vom 06.03.2017 und vom 24.01.2023
- Nr. 10 Landesamt für Straßenbau und Verkehr Plauen: Stellungnahme vom 09.02.2023
- Nr. 12 Staatsbetrieb Sächs. Immobilien- und Baumanagement: Stellungnahme vom 31.01.2023
- Nr. 13 BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft: Stellungnahme vom 25.01.2023
- Nr. 14 IHK Chemnitz Regionalkammer Plauen: Stellungnahme vom 09.02.2017
- Nr. 20 NABU Landesverband Sachsen e. V.: Stellungnahme vom 28.02.2017
- Nr. 27 Verteilnetz Plauen GmbH: Stellungnahme vom 08.02.2017
- Nr. 28 Stadtwerke Erdgas Plauen: Stellungnahmen vom 22.02.2017 und vom 07.02.2023
- Nr. 30 Zweckverband Fernwasser Südsachsen: Stellungnahme vom 06.02.2017
- Nr. 32 inetz GmbH: Stellungnahmen vom 22.02.2017 und vom 07.02.2023
- Nr. 34 Envia Therm: Stellungnahme vom 23.01.2023
- Nr. 37 Zweckverband ÖPNV Vogtland: Stellungnahmen vom 10.02.2017 und vom 23.01.2023
- Nr. 38 Deutsche Telekom Technik GmbH: Stellungnahme vom 10.02.2017
- Nr. 40 Gemeinde Rosenbach/Vogtl.: Stellungnahme vom 17.02.2023
- Nr. 41 Stadtverwaltung Oelsnitz: Stellungnahme vom 07.02.2023
- Nr. 43 Verwaltungsgemeinschaft Treuen-Neuensalz: Stellungnahme vom 25.01.2023
- Nr. 44 Gemeindeverwaltung Pöhl: Stellungnahme vom 20.02.2023
- Nr. 46 Stadtverwaltung Greiz: Stellungnahme vom 27.01.2023

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

IV. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gesamte Abwägung für die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen gemäß Abwägungstabelle (Anlage).

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltungen

4.2. 2. Änderung Flächennutzungsplan der Stadt Plauen, „Wohnbebauung Jöbnitz – Röttiser Straße“, Feststellungsbeschluss *Drucksachenummer: 0950/2023*

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plauen „Wohnbebauung Jöbnitz – Röttiser Straße“ in der Fassung vom 30.08.2023 und billigt die beigefügte Begründung einschließlich des Umweltberichtes.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung

**4.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 024 „Wohnbebauung Jößnitz – Röttiser Straße“, mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan, Abwägungsbeschluss
Drucksachenummer: 0951/2023**

I. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

die Ergebnisse der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Anregungen **berücksichtigt** und in die Planunterlagen eingearbeitet wurden, gemäß Abwägungstabelle (siehe Anlage). Dies sind im Einzelnen:

- Nr. 1 Landesdirektion Sachsen: Stellungnahmen vom 08.03.2017 und vom 13.02.2023
- Nr. 2 Planungsverband Region Chemnitz: Stellungnahmen vom 09.03.2017 und vom 22.02.2023
- Nr. 3 Landratsamt Vogtlandkreis: Stellungnahmen vom 08.03.2017 und vom 15.02.2023
- Nr. 5 Landesamt für Archäologie: Stellungnahmen vom 06.03.2017 und vom 31.01.2023
- Nr. 6 LA für Umwelt, Landwirt. u. Geologie Dresden: SN vom 03.03.2017 und vom 16.02.2023
- Nr. 7 LA für Umwelt, Landwirt. u. Geologie Plauen: SN vom 03.03.2017 und vom 16.02.2023
- Nr. 18 LAG der anerkannten Naturschutzvereinigungen Sachsens: Stellungnahme vom 02.03.2017
- Nr. 29 Zweckverband Wasser/Abwasser Vogtland: SN vom 27.02.2017 und vom 17.03.2023

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung

II. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

die Ergebnisse der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Anregungen **teilweise berücksichtigt** und entsprechend in die Planunterlagen eingearbeitet wurden, gemäß Abwägungstabelle (siehe Anlage). Dies ist im Einzelnen:

- Nr. 16 Regionalbauernverband Vogtland e.V.: Stellungnahmen vom 22.02.2017

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Enthaltung

III. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

die Ergebnisse der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Belange nicht betroffen sind bzw. von deren Seite keine Einwände bestehen und daher **keine Abwägung erforderlich** ist. Dies sind im Einzelnen:

- Nr. 4 Landesamt für Denkmalpflege Sachsen: Stellungnahme vom 15.02.2023
- Nr. 8 Sächsisches Oberbergamt: Stellungnahmen vom 06.03.2017 und vom 24.01.2023
- Nr. 12 Staatsbetrieb Sächs. Immobilien- und Baumanagement: Stellungnahme vom 31.01.2023
- Nr. 13 BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft: Stellungnahme vom 25.01.2023

- Nr. 14 IHK Chemn. Regionalkammer Plauen Stellungnahmen vom 09.02.2017 und vom 13.02.2023
- Nr. 20 NABU Landesverband Sachsen e. V.: Stellungnahme vom 28.02.2017
- Nr. 26 Landesjagdverband Sachsen (vertreten durch LAG unter Nr. 18)
- Nr. 27 Verteilnetz Plauen GmbH: Stellungnahme vom 08.02.2017
- Nr. 28 Stadtwerke Erdgas Plauen: Stellungnahmen vom 22.02.2017 und vom 07.02.2023
- Nr. 30 Zweckverband Fernwasser Südsachsen: Stellungnahme vom 06.02.2017
- Nr. 32 inetz GmbH: Stellungnahmen vom 22.02.2017 und vom 07.02.2023
- Nr. 34 Envia Therm: Stellungnahme vom 23.01.2023
- Nr. 37 Zweckverband ÖPNV Vogtland: Stellungnahmen vom 10.02.2017 und vom 23.01.2023
- Nr. 40 Gemeinde Rosenbach/Vogtl.: Stellungnahme vom 17.02.2023
- Nr. 41 Stadtverwaltung Oelsnitz: Stellungnahme vom 07.02.2023
- Nr. 43 Verwaltungsgemeinschaft Treuen-Neuensalz: Stellungnahme vom 25.01.2023
- Nr. 44 Gemeindeverwaltung Pöhl: Stellungnahme vom 20.02.2023
- Nr. 45 Verwaltungsverband Jägerswald: Stellungnahme vom 24.01.2023
- Nr. 46 Stadtverwaltung Greiz: Stellungnahme vom 27.01.2023

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung

IV. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gesamte Abwägung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnbebauung Jößnitz – Röttiser Straße“ mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan gemäß Abwägungstabelle (Anlage).

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1-Nein-Stimme, keine Enthaltung

4.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 024 „Wohnbebauung Jößnitz – Röttiser Straße“ mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan, Satzungsbeschluss
Drucksachenummer: 0952/2023

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 024 „Wohnbebauung Jößnitz – Röttiser Straße“ mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan in der Fassung vom 30.08.2023 als Satzung und billigt die beige-fügte Begründung einschließlich des Umweltberichtes.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

4.5. Antrag der SGI-Fraktion - Beitritt zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" -, Reg.-Nr. 327-23 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion, geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und wirbt für Unterstützung.

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, führt zur Stellungnahme der Verwaltung näher aus und bezieht sich auf die bereits im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes geführten Diskussionen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an und bezieht sich auf eine großflächige, erst kürzlich ausgewiesene Tempo-30-Zone in Straßberg, welche auf Wunsch der ortsansässigen Bevölkerung umgesetzt wurde.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., hält die Stellungnahme der Verwaltung für verknapp.

Ergänzend möchte er über die Kosten einer solchen Mitgliedschaft aufgeklärt werden und darüber, welche Aufgaben die Stadt übernehmen müsste. Möchte die Stadt denn ganz grundsätzlich mehr Gestaltungsräume bei der Ausweisung von Tempo-30-Zonen haben?

Herr Löffler stellt klar, dass die Anfrage noch vor dem Verkehrsentwicklungsplan datiert und seiner Meinung nach im Rahmen dieser Diskussionen auch die nun gegenständliche Anfrage besprochen wurde.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SGI-Fraktion, klärt auf, dass Beitritt und Mitgliedschaft kostenlos sind. Über 1000 Gemeinden seien hier bereits Mitglied. Generell ginge es seiner Ansicht nach um die Entwicklung einer geänderten Verkehrspolitik.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass eine Mitgliedschaft – auch wenn sie kostenlos ist – Arbeitskräfte in der Stadtverwaltung bindet. Die Stadt hat auch jetzt bereits eindeutige Gesetzesvorgaben, unter welchen Bedingungen eine Tempo-30-Zone ausgewiesen werden kann.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bezieht sich auf die geltende Straßenverkehrsordnung, deren Regelungen seiner Meinung nach ausreichend sind.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, zitiert aus der Homepage der Initiative, wo die Forderung nach flächendeckenden Tempo-30-Zonen niedergeschrieben ist.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., bittet darum, Termine, wie heute die Besichtigung der Hempelschen Fabrik, auf Zeiten zu legen, zu welchen auch in Vollzeit tätige Arbeitnehmer teilnehmen könnten.

Frau Bürgermeisterin Wolf entgegnet, dass der Termin stattfinden musste, solange es noch hell war.

Herr Stadtrat Legath greift ferner eine Anregung von Herrn Ulrich Neef aus dem letzten Stadtrat auf, ob es für die Stadt grundsätzlich denkbar wäre, bei geeigneten Baumaßnahmen auch (teilweise) alternative Baustoffe ins Gespräch zu bringen? Unter welchen Voraussetzungen wäre dies vorstellbar? Könnte die Stadt vielleicht an Studien teilnehmen, bei welchen alternative/nachhaltige Baumaterialien erprobt werden? Sollte es haltbarere und oder vielleicht sogar kostengünstigere Alternativen geben, sollte die Stadt sich dieser Entwicklung nicht verschließen. Er bittet hierbei ergänzend insbesondere um die Prüfung von Beton.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Stadtrat Przisambor, SGI-Fraktion, erinnert daran, dass seiner Meinung nach die 30er-Zone auf der Straßberger Straße ab der Trockentalstraße bis zum verkehrsberuhigten Bereich gezogen werden sollte. Es habe sogar eine entsprechende Antwort seitens der Verwaltung gegeben, dass dies so umgesetzt werden wird.

Das sei jedoch bislang nicht erfolgt. Er erkundigt sich deshalb, wann die Erweiterung der 30er-Zone ab dem Kinderheim bis hin zum verkehrsberuhigten Bereich umgesetzt wird.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Stefan Golle
Stadtrat

Plauen, den 28.12.2023

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführer

Gerald Schumann
Stadtrat